



Innenausschuss

65. Sitzung (öffentlich)

28. Januar 2010

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10089
Vorlage 14/3039

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Ausschussprotokoll 14/1052

in Verbindung damit:

Gesetz zur Modernisierung des nordrhein-westfälischen Sicherheitsrechts

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9386
Ausschussprotokoll 14/1010

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD, den **Gesetzentwurf** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/9386 abzulehnen**.

Der Ausschuss **stimmt** dem **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD **zu**.

Sodann **empfiehlt** der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, den so geänderten Gesetzentwurf der Landesregierung **Drucksache 14/10089 anzunehmen**.

2 Gesetz zur Änderung des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10442

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/10442 anzunehmen**.

3 Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei: Landesregierung muss die Verantwortung für den Schutz von Frauen vor Gewalt übernehmen 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10146

Vorlage 14/3164

Der Ausschuss **entscheidet** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, **über den Antrag Drucksache 14/10146 heute abzustimmen.**

Sodann **lehnt** der Ausschuss den **Antrag Drucksache 14/10146** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab.**

4 Gegen Bandenkriege energisch vorgehen und rechtsfreie Räume verhindern – Verbot der Rockervereine „Hells Angels“ und „Bandidos“ sorgfältig prüfen! 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10140

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, den **Antrag Drucksache 14/10140 abzulehnen.**

* * *

2 Gesetz zur Änderung des Stiftungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/10442

Der Gesetzentwurf wurde am 20. Januar 2010 im Plenum beraten und an den Innenausschuss überwiesen.

Vorsitzender Winfried Schittges erläutert, der Gesetzentwurf regle insbesondere die Aufhebung der Verfallsklausel und ihre Umwandlung in eine fünfjährige Berichtspflicht sowie die Aufnahme der sich aus der Evaluation ergebenden klarstellenden Regelungen. Das geltende Stiftungsgesetz trete am 25. Februar 2010 außer Kraft, sodass man heute zu einer Empfehlung an das nächste Plenum kommen solle.

Zugrunde liege ein Gesetz der rot-grünen Landesregierung, dem man auch weiterhin nur zustimmen könne, meint **Dr. Karsten Rudolph (SPD)**. Nichts anderes ergebe sich aus der seiner Meinung nach sorgfältigen Evaluierung. Daher werde seine Fraktion dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen.

Er kritisiert aber, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf erst sehr spät vorgelegt habe. Zudem weise die Tagesordnung nicht darauf hin, dass der Innenausschuss bereits heute abschließend über die Beschlussempfehlung an das Plenum beraten solle. Trotz aller Hektik am Ende der Legislaturperiode müsse man die Verfahrensregeln einhalten und zumindest Gelegenheit haben, sorgfältig beraten zu können.

Vorsitzender Winfried Schittges erinnert an die von ihm vorgetragene Fristen.

Über technische Hinweise auf der Einladung zur Sitzung müssten sich die Fraktionen im Übrigen im Vorfeld einigen.

Monika Düker (GRÜNE) kündigt die Zustimmung auch ihrer Fraktion an und zeigt sich mit der Evaluierung zufrieden.

Sie bittet die Landesregierung um Mitteilung, welche gesetzlich vorgeschriebenen Berichtspflichten aus dem Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses sie in dieser Legislaturperiode noch vorlegen werde. Sofern die Landesregierung dies nicht mitteile, beabsichtige sie, eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zu richten.

Wolfgang Schmitz (CDU) hebt hervor, die einzig wesentliche Änderung betreffe § 7 Abs. 2, über dessen Auslegung man sich habe streiten können. Wäre diese Änderung früher in Kraft getreten, hätte ihm das einen über mehrere Monate dauernden, wenig erfreulichen Schriftverkehr mit einer thüringischen Rechtspflegerin erspart. Auch seine Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

StS Karl Peter Brendel (Innenministerium) sagt Monika Düker zu, den aktuellen Stand nachzuliefern.

Der Ausschuss **empfiehlt** mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/10442 anzunehmen.**